



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister und Chef der Staatskanzlei

Einrichtung eines Projektbüros für die geplante Northvolt-Ansiedlung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Auf einer öffentlichen Bürgersprechstunde am 16. Oktober 2023 in Heide hat der Ministerpräsident die Einrichtung eines Projektbüros zur Northvolt-Ansiedlung im Kreis Dithmarschen angekündigt.¹

Vorbemerkung der Landesregierung:

Landesregierung und regional Beteiligte haben auf Arbeitsebene im Juli 2023 begonnen, sich im Rahmen eines ersten Workshops über notwendige Weiterentwicklungen der für die Ansiedlung aufgesetzten Task-Force-Strukturen auszutauschen.

In der Steuerungsgruppensitzung der Task-Force am 30. August 2023 wurde durch den Chef der Staatskanzlei die Einrichtung eines Projektbüros konkret ins Auge gefasst und vereinbart, ein einheitliches Bild auf Seiten der Region zu Aufgaben und Strukturen herbeizuführen. Dieser Prozess wurde von Seiten des Projektsteuerers

¹ <https://www.boyens-medien.de/artikel/lokales/northvolt-guenther-verspricht-projektbuero-595244.html>.

vorangetrieben. In der Steuerungsgruppensitzung am 04. Oktober 2023 wurde gemeinsam festgestellt, dass auf Seiten der Region noch keine einheitliche Sichtweise entwickelt werden konnte. Es gab jeweils einen Austausch zu den unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten über die Rolle und Aufgaben eines Projektbüros. Im Zuge des Besuchs des Ministerpräsidenten in der Region Heide am 16. Oktober 2023 wurde der Vorschlag der Einrichtung eines Projektbüros in interner Runde, aber auch in der öffentlichen Bürgersprechstunde wiederholt.

Im Nachgang des Besuchs des Ministerpräsidenten hat der Chef der Staatskanzlei die regional Beteiligten am 18. Oktober 2023 persönlich per E-Mail gebeten, dem Land eine in der Region abgestimmte Zielvorstellung bis zum 26. Oktober 2023 zu übermitteln, um diese Sichtweisen in die weitere Konzeptionsarbeit einfließen zu lassen und die konkreten Bedarfe vor Ort zielgerichtet berücksichtigen zu können.

Da bis zum erbetenen Rückmeldetermin seitens der regional Beteiligten keine Abstimmung erfolgen konnte, hat der Chef der Staatskanzlei den regional Beteiligten am 28. Oktober 2023 einen von ihm auf Basis der bisherigen Überlegungen und Diskussionen erstellten Konzeptentwurf als Diskussionsgrundlage übermittelt, welcher u. a. Vorschläge zur Projektbüroträgerschaft, zur Projektbüroausstattung und zur Finanzierungsbeteiligung enthält. Der Chef der Staatskanzlei hat zugleich um Rückmeldung zur Diskussionsgrundlage im Verlauf der darauffolgenden Woche gebeten.

Die regional Beteiligten haben per Zwischennachricht am 1. November 2023 eine Rückmeldung zum 13. November 2023 zugesagt, die am 13. November 2023 übermittelt wurde und derzeit ausgewertet wird. Im nächsten Schritt ist für die weitere Abstimmung zwischen Land und Region am 16. November 2023 ein Austausch auf Arbeitsebene geplant. Zudem ist vorgesehen, das Thema in der nächsten Steuerungsgruppensitzung am 17. November 2023 zu erörtern.

Hinsichtlich der Festlegung eines Umsetzungszeitplans soll der ausstehenden weiteren Abstimmung mit den regional Beteiligten sowie der noch fehlenden Rückmeldung vom Unternehmen nicht weiter vorgegriffen werden. Die Landesregierung ist, wie oben beschrieben, bestrebt, diesen Abstimmungsprozess schnell abzuschließen. Die Landesregierung wird den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss nach Abschluss der Gespräche informieren.

1. Wann genau soll das Projektbüro seine Arbeit aufnehmen und welche Effekte erwartet die Landesregierung? Bitte erläutern.

Antwort

Aus Sicht der Landesregierung soll das Projektbüro die Aufgabe der operativen Steuerung der Folgen und strukturellen Auswirkungen des Ansiedlungsvorhabens Northvolt sowie weiterer Ansiedlungen im Hinblick auf die notwendigen wirtschaftsnahen und sozialen Infrastrukturen übernehmen, wobei keine Doppelstrukturen und -zuständigkeiten geschaffen werden sollen. Im Fokus stehen damit regionale zukunftsgerichtete Lösungen für eine gesamtheitliche

Steuerung der spezifischen Ansiedlung der Batteriezellfabrik und dessen strukturellen Auswirkungen sowie weiterer Neben- und Folgeansiedlungen im Fokus des Projektbüros. Die Landesregierung erwartet mit der Einrichtung eines Projektbüros, dass die operative Steuerung der Folgen und strukturellen Auswirkungen des Ansiedlungsvorhabens sowie weiterer Ansiedlungen im Hinblick auf die notwendigen wirtschaftsnahen und sozialen Infrastrukturen vor Ort übernommen wird, wobei keine Doppelstrukturen und -zuständigkeiten geschaffen werden sollen. Ebenso soll aus Sicht des Landes das Projektbüro zentraler Ansprechpartner für Dritte sein, die von der strukturellen Veränderung betroffen sind und/oder zu der strukturellen Veränderung beitragen wollen. Im Ergebnis soll damit erreicht werden, alle notwendigen Akteure vor Ort einzubinden und gleichzeitig die einzelnen Akteure zu entlasten, damit diese sich auf ihre Einzelzuständigkeiten konzentrieren können. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

2. Wer soll Träger des Projektbüros werden bzw. wo soll es angesiedelt werden? Bitte erläutern.

Antwort

Siehe Vorbemerkung

3. Welche personelle Ausstattung ist für das Projektbüro vorgesehen und welche Aufgaben, Kompetenzen und Befugnisse sollen das Projektbüro und das entsprechende Personal konkret erhalten? Bitte erläutern.

Antwort

Siehe Vorbemerkung